



Tagesfrage heute

Tablets erobern den Markt. Haben PCs und Notebooks bald ausgedient?

A Ja B Nein

Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

- www.aargauerzeitung.ch
- www.basellandschaftliche.ch
- www.bzbasel.ch
- www.grenchnertagblatt.ch
- www.limmattalerzeitung.ch
- www.solothurnerzeitung.ch

oder schicken Sie ein SMS mit aztfa für «Ja» oder aztfb für «Nein» an 2222 (20 Rp./SMS)

Ergebnis letzte Tagesfrage

Sollen die Bundesräte die Olympischen Spiele in Sotschi boykottieren?



VIDEO DES TAGES



Am Stephanstag schneite es am Gotthard ohne Unterbruch.

Presseschau

DER STANDARD

Pussy Riot So sehr diese Amnestierungen zu begrüßen sind: Sie erfolgten aus den falschen Gründen. Hier wurde nicht Gnade aus humanitären Gründen gewährt; hier ging es um eiskaltes Kalkül. Ja, man darf sich trotzdem freuen. Aber gerade jetzt darf man nicht jene Tausenden politischen Gefangenen vergessen, die nicht das Glück hatten, die Aufmerksamkeit der weltweiten Öffentlichkeit zu bekommen. Das Vergessen droht ihnen aber, wenn sich Putin in Sotschi als Mr. Olympia feiern lassen wird – und die Welt dann artig applaudiert.

EL PAIS

Ägypten Die ägyptische Militärdiktatur zeigt immer offener ihr autoritäres Gesicht. Die von den Generälen eingesetzte Regierung mit ziviler Fassade gleicht zunehmend der alten Diktatur von Husni Mubarak. Bezeichnend ist, dass die Generäle ihre Legitimität zwar auf die Massenkundgebungen gegen die Regierung der Muslimbrüderschaft stützen, aber nun verlangen, dass alle Versammlungen von mehr als zehn Leuten von der Polizei genehmigt werden.

Das Wetter heute

0° 4°



Gastbeitrag zur anstehenden Masseneinwanderungs-Initiative

2014 wird ein Schicksalsjahr



Georg Kreis

Der Autor ist emeritierter Professor für Allgemeine Geschichte und Schweizer Geschichte der Uni Basel.

■ **JEDES JAHR IST** ein Schicksalsjahr. Das eine oder andere Jahr ist es jedoch in besonderem Mass. Wir tun gut daran, das Jahr 2014 vor allem wegen der europapolitischen Abstimmungen als ein solches zu begreifen. Die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung, über die am 9. Februar abgestimmt wird, ist eine Schicksalsinitiative. Die Initianten sehen das selber so, und sie bestreiten es zugleich – dies mit einer nicht untypischen Widerspruchshaltung.

FÜR DIE INITIANTEN ist die Vorlage insofern eine Schicksalsvorlage, als sie mit ihrem bürokratischen Abschottungsvorschlag der neuerlichen Staatskontingentierung von Arbeitszugang das Land vor Phänomenen schützen will, die weitgehend hausgemacht sind: Starke Beanspruchung unserer Infrastruktur und der naturräumlichen Ressourcen sind nämlich zum kleinsten Teil auf Zuwanderung zurückzuführen und sind in erster Linie die Folge des aufwendigen binnenschweizerischen Arbeits- und Lebensstils. Nur dieses Beispiel: Die Mobilität nahm fünfmal mehr zu als die Zahl der Gesamtbevölkerung. Einmal mehr werden die Ausländer für gesamtgesellschaftliche Problemerkennungen verantwortlich gemacht. Sprecher der Partei, welche uns die Schicksalsinitiative beschert haben, zum Beispiel Nationalrat Hans Keller, erklärten, dass man mit der Einschränkung der Ausländer auch den Bedarf an Atomkraft einschränken könne.

DIE VORLAGE ZUR Migrationsbeschränkung spielt insofern mit dem Schicksal der Schweiz, als sie auf der Illusion beruht, dass die Aufkündi-

gung der Personenfreizügigkeit mit grösster Wahrscheinlichkeit ohne gravierende Folgen für das Verhältnis zur EU bleiben und «schon nicht» die gesamten Bilateralen I gefährden werde. Das zeugt von einer überheblichen Fehleinschätzung der schweizerischen Situation. Die Schweiz kann nicht unilateral die Beziehungen zu ihrem europäischen Umfeld bestimmen. Klar ist, dass auch künftige Verständigungen mit der EU hinfällig würden: also keine Rahmenabkommen, kein Elektrizitätsabkommen etc.

MAG SEIN, DASS ein leichtfertiges Ja auf dem Umsetzungsweg entschärft und neutralisiert werden kann, weil die Nichtumsetzung einer objektiven Notwendigkeit entspricht: Die Schweiz könnte auf die Kündigung der Personenfreizügig-

keit verzichten, obwohl sie vertragsbrüchig wird, oder abwarten, bis die Gegenseite den Vertrag kündigt. Sie könnte mit der Umsetzung überhaupt zuwarten und die Lösung der Widersprüchlichkeit den Gerichten überlassen. Oder sie könnte die neu einzuführenden Beschränkungskontingente so hoch ansetzen, dass sie keine Beschränkungen mehr sind. Jedenfalls würde für die Wirtschaft ein höchst schädlicher Zustand der Unplanbarkeit und für die öffentlichen Dienste würden höchst schmerzhaft Engpässe eintreten. Eine besondere Variante der Ausländerproblematik (die höhere Kriminalität, die angebliche oder tatsächliche Belastung der Sozialwerke, die ungenügende Vertrautheit mit den Gegebenheiten des Landes) kann nicht durch Kontingentierung des ausländischen Arbeitsfleisses gelöst werden.

DIE ANSTEHENDEN Probleme müssen mit Selbstdisziplin und nicht mit Fremdbeschränkung entschärft werden. Das verlangt allerdings einen tiefer greifenden und längerfristigen Wandel als das mechanistische Einleiten einer Schnellbremse. Es erfordert, dass der offensichtlich bestehende Bedarf des Arbeitsmarkts durch «Eigenproduktion» gedeckt wird, indem die Eigenausbildung weiter ausgebaut, indem die Erwerbstätigkeit der Frauen gefördert und indem die aus verschiedenen Gründen den Zugewanderten überlassene Arbeit vermehrt wieder selbst verrichtet wird. Es ist nicht mit einer oberflächlichen Rückgewinnung von Landesgrenzen getan. Die Schweiz muss mit Eigenhaltungen ihre eigene Herrin sein.

Gastbeitrag über unruhige Zeiten für Schweizer Banken

Frohe Festtage mit dem US-Steuerstreit



Peter V. Kunz

Der Autor ist ordentlicher Professor für Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Bern.

■ **DRAUSSEN IST LANGE** dunkel. Die Lichter funkeln. Die Weihnachtsbäume wärmen. Ja, Weihnachtszeit, stille Zeit, besinnliche Zeit ... Weit gefehlt: Weihnachten 2013 bedeutet für die Schweizer Banken (und für viele Banker) eine Zeit der Hektik, der Unsicherheit sowie des zeitlichen Entscheidungsdrucks. Und warum geht es? Natürlich, auch wenns langweilig wird, um den sogenannten US-Steuerstreit.

SEIT FÜNF JAHREN belastet diese Streitigkeit den schweizerischen Finanz- und Bankenplatz. Makaber und unfair: Die «Verursacherin» des Streits, nämlich die Grossbank UBS, ist die einzige Bank, die sich weder Sorgen noch Gedanken zur Thematik machen muss; vor Jahren vermochte sie nämlich – unter anderem durch Zahlung von knapp 800 Millionen Dollar – die Angelegenheit für sich zu erledigen. Frohe Festtage!

SELBST WER SICH nur am Rande interessiert, weiss, worum es geht. Die Banken in der Schweiz, die ihre potenziellen Probleme mit den USA lösen wollen, können sich in eine Kategorie des «Bankenprogramms» des US-Justizministeriums einteilen lassen. Im Vordergrund steht die ominöse Kategorie 2, bei der mögliche Verletzungen von US-Recht eingeräumt werden, und für die eine Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 2013 besteht. Banken in Kategorie 2 werden erhebliche Bussen zu bezahlen haben. Frohe Festtage!

BANKEN, DIE SICH in Verfahren befinden, etwa Credit Suisse und die Zürcher Kantonalbank, bilden Kategorie 1. Zur Auswahl stehen Katego-

rie 3 (Banken bestreiten eine Rechtsverletzung) oder Kategorie 4 (regionale Kleinbanken) oder eine Nichtteilnahme. Zentral müsste eigentlich sein: Das «Bankenprogramm» ist juristisch freiwillig – wäre da nur nicht die Finanzmarktaufsichtsbehörde (Finma), die das nicht so eng sieht und Kategorie 2 offiziös «empfiehlt». Und welche Bank möchte Stress mit dem Regulator? Frohe Festtage!

JEDE BANK HAT SELBER zu entscheiden, in welcher Kategorie – wenn überhaupt – sie teilnimmt. Die Aargauer Kantonalbank zum Beispiel meldet sich in Kategorie 2 an. Rechtlich macht es keinen Sinn, sich sozusagen «im Zweifel» in Kategorie 2 einzuteilen (nicht zuletzt, weil mit dieser Kategorienwahl längst nicht alle Probleme gelöst sind). Und erstaunlich viele Banken sprachen sich

bereits gegen Kategorie 2 aus, darunter beispielsweise Raiffeisen, Bank Vontobel und diverse kleinere Kantonalbanken. Die Bankenverwaltungsräte sind für einmal nicht zu beneiden, hat doch ihr Entscheid weitreichende Folgen. Frohe Festtage!

DASS EIN BANKENVEREIN kürzlich die USA anfragte, wie denn das «Bankenprogramm» im Detail zu verstehen sei, war peinlich naiv und ein klassisches Eigentor. Die Antworten des US-Justizministeriums verschärfen die Auslegung des Textes erheblich. Doch die Politik machte es fussballerisch im Sommer vor, indem die «Lex USA» versenkt wurde, wohl um «patriotischen Widerstand» gegen die USA zu markieren. Blödsinn – wir haben schlicht die Chance verpasst, aus schweizerischer Sicht einige Pflöcke einzuschlagen, nämlich etwa zur Definition der Abschleicherlisten («Leaver-Listen») oder zu Ausnahme-Bestimmungen bei geringem Vergehen («de minimis»). Ignoranz kann teuer zu stehen kommen. Frohe Festtage!

DER US-STEUERSTREIT wird die Schweizer Banken nicht allein 2014, sondern sicherlich noch zwei bis drei Jahre beschäftigen. Mit Anklagen gegen namhafte Banken ist kaum zu rechnen, selbst bei unterlassener Anmeldung in Kategorie 2. Anders könnte es aussehen für Banken, die in der Geschäftsnische «U.S. Steuerdelinquenz» tätig waren. Die grossen Gewinner sind – nebst den USA – die vielen teuren Rechtsanwälte, Berater und Wirtschaftsprüfer, die von den Banken zur «Problemlösung» zugezogen werden (müssen). Frohe Festtage ...

Dohner



Nachdenken in der Blogosphäre

■ Ein Raum wächst stetig, den niemand ausmessen kann: die sogenannte Blogosphäre. Darin tummeln sich aller Gattung Leute. Auch geistreiche, lebensgewitzte Zeitgenossen. Es war lange eine mühselige Suche, diese quecksilbrigen Schwärme im trüben ozeanischen Schlick der gesamten Sphäre herauszufischen. Aber die Findigen helfen einem längst beim Finden: Sie schicken uns die Links, und dann mag man «schmöggeln».

Auffällig daran sind zwei Dinge: Die Betreiber der Blogs werden fast unisono damit, dass man auf ihrer Plattform Gedanken und Formulierungen finde, wie sie die Presse nie zu publizieren wage. Sie versprechen Pfiff und Würze. Sie schwingen das Banner der Gedanken- und Redefreiheit, als wären alle Äusserungen neben der Blogosphäre nur Gestammel von geknebelten Geistern. Weil sich in der Blogosphäre so manche kluge Stimme vernehmen lässt, die man sonst kaum zu hören bekommt, ist man geneigt, tatsächlich zu glauben, dass es nur noch in der Blogosphäre gelinge, kräftig wider den Stachel zu löcken. Ein Irrglaube.

Die zweite Auffälligkeit in der Blogosphäre sind die ständigen Signale des Verhungerns. Wer sich wirklich frei von einem Medienverlag oder sonst einem Unternehmen im Hintergrund zu Wort meldet, muss die Mittel dafür meist auch selber aufbringen. Darum wird so oft gebettelt. Etwa auf dem Blog «Nachdenkseiten», wo die Herausgeber aufrufen, sie zu unterstützen. Die «Nachdenkseiten» feiern gerade zehn Jahre ihres Bestehens, und das ist bereits eine kleine Ewigkeit, angesichts vieler flüchtiger Sternschnuppen im ganzen Äther.

So dankbar man auch ist für jeden neuen freien Quell, so evident ist es auch, dass sich diese Quellen gegenseitig das Wasser abgraben. Im schlimmsten Fall fällt irgendwann die ganze Blogosphäre trocken. Im besten Fall nähert sie sich jenem Ideal, das Raffael in seinem Fresko «Die Schule von Athen» aufzeigte (er müsste seinen Blog-Philosophen freilich noch Tablets in die Hand malen), dem Ideal der von allen Zwängen freien Akademie des reinen Geistes.

max.dohner@azmedien.ch

Die Gastautoren

Andreas Glarner (Grossrat SVP/AG) und Cédric Wermuth (Nationalrat SP/AG)

Katja Gentinetta (Publizistin/Moderatorin) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Nationalrätin CVP/BL)

Sebastian Frehner (Nationalrat SVP/BS) und Susanne Hochuli (Regierungsrätin Grüne/AG)

Peter Hartmeier (Publizist) und Kurt R. Spillmann (Prof. em. für Sicherheitspolitik)

Anita Fetz (Ständerätin SP/BS) und Christian Wanner (Regierungsrat FDP/SO)

Marianne Binder (Pressechefin CVP Schweiz, Grossrätin AG) und Hans Egloff (Nationalrat SVP/ZH)

Georg Kreis (Prof. em. für Geschichte) und Peter V. Kunz (Prof. für Wirtschaftsrecht)

Pirmin Bischof (Ständerat CVP/SO) und Christine Egerszegi (Ständerätin FDP/AG)

Kenneth Angst (Publizist) und Oswald Sigg (ehem. Bundesratssprecher)